

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011

Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011

Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 100, 10011

Vor einem neuen Schritt Macdonalds Die Fortentwicklung der Abrüstungsfrage

London, 18. Okt. Der politische Korrespondent der „Morning Post“ schreibt: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abrüstungsproblem jetzt entscheidender in den Vordergrund rücken. Es verlautet, daß Macdonald morgen in der Kabinettsitzung einen neuen Vorschlag zur Behandlung der durch den Beschluß seiner Londoner Besprechung mit Herrisot eingetretene Lage in großen Zügen unterbreiten wird. Wahrscheinlich wird die neue, von Macdonald in Aussicht genommene Methode den Gegenstand der Erklärung bilden, die er am Schluß seiner gestrigen Rede in Aussicht gestellt hat.

Pariser Täuschungsversuche

Paris, 18. Oktober. Der englisch-deutsche Meinungs- austausch über die Teilnahme Deutschlands an einer Vierer- konferenz in Genf ist durch die letzten Erklärungen Mac- donalds wieder in den Vordergrund des Interesses ge- rückt. Die Pariser Presse hält sich, die Beschlüsse der Konferenz vor dem Zustandekommen der französisch-englischen Einigung Genf als Verhandlungsfortschritt abgelehnt hatte und daher ihre ursprüngliche Haltung in nichts geändert hat. Sie verliert vielmehr den Eindruck zu erwecken, als ob Deutschland immer wieder nach neuen Ausreden und Auswegen suche, um das Zustandekommen der Vierer- besprechung zu verhindern.

Frankreichs Pläne in Spanien

London, 18. Okt. Der Pariser Korrespondent der „Daily Mail“ berichtet, daß sich hinter dem Vorschlag, die internationalen Wasserläufer auf spanischem Boden anzuliegen, viel mehr verberge, als auf den ersten Blick er- scheine. Er weist hierbei auf die französischen Pläne hin, den Ausbau der spanischen nord-südlich verlaufenden Eisen-

bahnen mit französischen Geldern zu unterstützen. Diese Pläne liefen auf nichts weiter hinaus, als daß Frankreich im Kriegsfall seine afrikanischen Truppen schon in einem spanischen Hafen landen und mit der Eisenbahn nach Frankreich befördern könne, wodurch die Gefahren des See- weges erheblich verringert würden. Wenn Spanien der Verbündete Frankreichs werde, so ständen auch die Häfen auf den Balearen zur Verfügung, so daß die französischen Transportlinien im westlichen Mittelmeer soweit wie nur irgend möglich gegen einen Angriff von Osten her geschützt seien.

Grosley über Danzig und den Korridor

London, 18. Oktober. Das Parlamentsmitglied Anthony Grosley sprach in einer Rede in Manchester über „Die Krisensituation in Europa“, wobei er besonders auf Danzig und den polnischen Korridor einzugeht. Er schilderte seine Eindrücke während einer Reise nach Ost- deutschland und Danzig und nannte sie erschütternd. Der Verfall der Verträge, so erklärte er, sei auf dem Schlimmsten aller menschlichen Motive, nämlich dem der Rache, aufgebaut. Lloyd George habe, als der Vertrag gemacht wurde, Europa im Stich gelassen, sonst wäre es unverständlich, wie ein großer Liberaler, der für Selbstbestimmung eintrat, gewissen Teilen Europas die Volksbestimmung verweigern konnte.

Grosley wies auf die Demarkationen hin, die sich aus der Grenzsetzung im Osten für Deutschland ergeben, und betonte, daß in den letzten Jahren nicht weniger als 93 Grenzangriffsfälle vorgekommen seien.

In seinen weiteren Ausführungen trat Grosley zwar für ein Verständnis des französischen Standpunktes ein, betonte jedoch, daß es Englands Pflicht sei, Frankreich zu helfen, daß es gerade die Politik verfolge, die Deutschland zum Widerstand treiben müsse.

Neues Devisenabkommen mit Italien

Berlin, 18. Oktober. Mit Italien ist ein neues Devisenabkommen geschlossen worden, das am 16. Ok- tober 1932 in Kraft getreten ist. Mit diesem Zeitpunkt sind die von der italienischen Regierung verhängten Sperre- maßnahmen für Zahlungen nach Deutschland auf- gehoben worden. Das neue Abkommen vor allem von dem im Juli d. J. abgeschlossenen Abkommen vor allem dadurch, daß nunmehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach Italien und der italie- nischen Einfuhr nach Deutschland vereinbart worden ist. Diese neue Bestimmung ist deshalb von besonderer Be- deutung, weil damit die Aktivität der deutschen Handels- bilanz gegenüber Italien festgelegt ist.

Ein Nachspiel zum Calmette-Prozess

Berlin, 18. Oktober. Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat gegen einen Berliner Kinderarzt Klage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Diese Klage steht im Zu- sammenhang mit der Lübecker Impfstoffkatastrophe und dem Calmette-Prozess. Der betreffende Arzt wurde seinerzeit, nach dem Ausbruch der Lübecker Calmette-Epidemie, von den Eltern der betroffenen Kinder nach Lübeck gerufen. Im Lübecker Krankenhaus wurden ihm 87 geimpfte Kinder übergeben. Von diesen Kindern gelang es ihm, 84 am Leben zu erhalten. Bei drei Kindern blieben die Rettungs- versuche vergeblich.

Auf den Tod dieser drei Kinder rückt sich die Klage der Lübecker Staatsanwaltschaft.

In der Besprechung wird, daß der betreffende Arzt den drei Kindern sein Heilmittel, Antiphitin, einverleibt habe und daß er dabei einen Kunstfehler begangen habe. Die Spitze, so behauptet die Anklageschrift, sei vor der An- wendung nicht geäubert worden, auch habe der Arzt verabreicht, die Körperstelle, an der die Einspritzung vor- genommen wurde, sauber zu halten. Dadurch hätten sich Infektionen gebildet, die den Tod der Kinder beschleunigt hätten. Die Verhandlung dieses Calmette-Nachspiels wird voraussicht- lich im November vor der Großen Strafkammer in Lübeck stattfinden.

Schlaganfall Gandhis

London, 18. Oktober. Gandhi ist, wie der „Daily Herald“ aus dem engen Freundeskreise des Mahatma er- fährt, kurz nach Beendigung seines Hungerstreiks von einem Schlag getroffen worden. Seine Erkrankung sei der Grund, warum die indische Regierung ihm plötzlich und un- vermittelt alle Besuche untersagt und ihn wieder von der Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten habe. Nach einer Neutermeldung aus Puna wird die Nach- richt, monach Gandhi einen Schlaganfall erlitten haben soll, amtlich demontiert.

Falschmünzerverhaftung in Hamburg

Hamburg, 18. Okt. Das Falschmünzkommando hat eine Falschmünzergesellschaft verhaftet und umfang- reiches Material beschlagnahmt, wodurch eine ganze Reihe von Münzvergebern in Hamburg, Altona, Neumünster, Stettin und anderen Orten aufgeklärt werden konnte.

Die Sozial-Notverordnung unterzeichnet

Milderung von Härten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Oktober. Reichspräsident v. Hindenburg unterzeichnete am Dienstag die Bestimmungen, in denen die Rabinetsbeschlüsse vom letzten Freitag festgelegt sind und die eine Erhöhung gewisser Arten von Arbeitslosen- und Rentenzahlungen für die Wintermonate zum Ziele haben. Die betreffenden Notverordnungen werden am Mitt- woch früh im „Reichsarbeiter“ veröffentlicht werden. Am Mittwochabend 7.00 Uhr spricht der Reichsarbeitsminister Schäfer über sie im Rundfunk über alle deutschen Sender.

Gewerkschaftsangelegenheiten gegen Papen

Berlin, 18. Oktober. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenverband veranfaßten heute vormittag eine öffentliche Kundgebung, in der das Thema „Der Wirt- schaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“ zur Debatte stand. Abg. Leipart erklärte einleitend, die vor- dringlichste Aufgabe sei zur Zeit die wirkungsvolle Ver- minderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabgeordneter Tarnow. Die Gewerkschaften, so betonte der Redner, dürfen sich keiner Wahnnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe. Aber leidenschaftlich mühten sie gegen den Teil des Planes pro- testieren, der mit unerträglicher Härte in den Lebens- stand der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte ein- greife. Den guten Willen, den Arbeitslosen zu helfen, billige man der Regierung zu, aber die Tatsache, daß die Grundlagen des Planes in der geschent- werten und bedingungslosen Verteilung von ander- halb Milliarden Reichsmark Steuererlösen an die Unternehmer bestanden,

sei nicht zu bestreiten. Viele Unternehmer schämten sich, von dem Recht der Lohnsenkung Gebrauch zu machen, weil sie selbst es als ein Unrecht an der Arbeiterschaft empfänden. Die Notverordnung, erklärte der Abgeordnete weiter, über einen harten Anreiz zur Verkürzung der Arbeits- zeit aus. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die gefestig- te 40-Stundenwoche gefordert und den Arbeitern auch aus- genutzt, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 18 Prozent Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent Lohnsenkung hinzulage, dann allerdings gerade das weit über das erträgliche Maß hinaus. Die Regierung habe es noch in der Hand, ihre Wirt- schaftspläne von den offensichtlich antisozialen Beschlüssen zu bereinigen. Ueber den Kampf um die Wiederherstellung der vollständigen Arbeitswoche und des

Tarifrechtes sprach dann der Leiter der Arbeits- rechtsabteilung, Körpel. Mit ihren Maßnahmen, so sagte der Redner, habe die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Der Redner schloß dann mit der Stellung der Deutsch- nationalisten zu den Gewerkschaften auseinander, wobei er betonte, was die Deutschenationale Volkspartei fordere, seien tatsächliche Gewerkschaften.

Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Ent- scheidung angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und 8. Oktober gefordert wird. Darüber hinaus wird weiter ge- fordert die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer neuen Organisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Landtagsauflösung wiederum abgelehnt

Wahlreden im Sachsenparlament

Soweit parlamentarische Kollegen in diesen Wochen zu- sammentraten, darf man von ihnen kaum sachliche Arbeit erwarten. Der Wahlkampf ist bereits ziemlich lebhaft in Gang gekommen, und da wäre es doch eine starke Zumu- tung namentlich für die Vertreter der Linken, wenn sie auf die üblichen demagogischen Anträge ausweichen der Erwerb- losen verzichten wollten. Eigentlich sollte man annehmen, daß diejenigen, die für diese Not als verantwortliche Voll- stifter in der Zeit uneres wirtschaftlichen Zusammenbruchs die Hauptverantwortung zu tragen haben, schon Hilfe schweigen würden. Aber weit gefehlt. Wie aktiver im Stabs- verordnetenkollegium, so wiederholten auch getreuer die Marxisten im Sächsischen Landtag das trübe Schauspiel, ein Parteiklappchen an der Rot der Opfer der Wirtschaftskrise zu wärmen. Schon zu Beginn der Sitzung verurteilte die Linke, die Tagesordnung durch weitere Anträge, die sich mit der Reichspolitik beschäftigen, auszuweiten, obwohl es sich doch schließlich nur um eine Impfenotung mit den- genähter Tagesordnung handelte. Dieser Versuch, den Landtag zu hemmungslöser Parteipolitik zu missbrauchen, scheiterte am Widerspruch der Deutschenationalen. Sofort drohten die Sozialdemokraten mit der Beantragung einer neuen Impfenotung. Die Begründung ging völlig un- verhüllt dahin, daß die Landesparlamentarier nach der Auf- lösung des Reichstags sehr die Aufgabe hätten, sich mit den Plänen und Arbeiten der Reichsregierung zu befassen. Es scheint auf der Linken noch immer kein Gefühl dafür vor- handen zu sein, wie sehr der Kredit auch des Landtags untergraben wird, wenn er immer noch auf das Niveau und den Ton von Volksversammlungen herabgedrückt wird.

Das Kollisionsbedürfnis der Linken leierte wahre Orgien, als der nationalsozialistische Antrag auf Land- tagsauflösung beraten wurde. Die Nationalsozialisten begründeten ihren Antrag im wesentlichen damit, daß der Versuch gemacht werden müsse, an die Stelle des arbeits- unfähigen Landtags einen solchen zu setzen, der eine regie- rungsfähige Mehrheit bilden könne. Dabei betonte der nationalsozialistische Sprecher Studenkowitz, daß die Mit- glieder des gegenwärtigen Beamtenkabinetts durchaus die Achtung auch der Nationalsozialisten genießen. Der sozial- demokratische Redner Böchel sprach, wie zu erwarten war, nicht zur Sache, sondern benützte die Gelegenheit, um eine lange Brandrede gegen die Nationalsozialisten vom Stapel zu lassen. Zuerst hörte das Haus interessiert an, Zwifchen- rufe bagelten, aber allmählich wirkten die mit einem hohen Pathos vorgetragenen Wädhchen und Wädhchen langweilig. Herr Böchel sprach vor leeren Bänken. Nachdem der Kom- munist Renner eine Rede beendet hatte, die sich von der des Sozialdemokraten nur dadurch unterschied, daß er für Auflösung eintrat, kamen die bürgerlichen Parteien zu Wort. Die Mittelparteien erklärten sich ebenso wie die Deutschenationalen, die bisher stets für Auflösung eingetre- ten waren, nunmehr dagegen. Die Deutschenationalen be- gründeten dies damit, daß durch den Umsturz der poli- tischen Verhältnisse im Reich, durch die in Aussicht stehende Reichs- und Verfassungsreform sowie durch die bevorstehen- den Wahlen zum Reichstag eine Auflösung des Landtags in Sachsen unnötig geworden sei. Der Auflösungsantrag fand demgemäß, wie von Anfang an zu erwarten war, keine Mehrheit. An die Abstimmung schloß sich sofort wieder der monotone Redestrom der Linken gegen die Reichsregie- rung an.

Abgelehnt, sagt Schölerer